



2008

Statistik Kommunal

Waibstadt



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

226091

Impressum

Statistik Kommunal 2008

Artikel-Nr. 8035 08001

Herausgeber und Vertrieb
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Preis
7,00 Euro zuzüglich Versandkosten

Fotonachweis
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg

© Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg, Stuttgart, 2008

Vervielfältigung und Verbreitung, auch
auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet.



2008

Statistik Kommunal
Waibstadt

Entwicklung und Realisierung

■ **Projektleitung:** Cornelia Schwarck ■ **Konzeption:** Jutta Demel ■ **Datenaufbereitung:** Martin Winter ■ **Programmierung:** Dieter Bollinger, Martin Winter ■ **Redaktion:** Andrea Jautz ■ **Technik/DTP:** Claudia Hierath, Wolfgang Krentz ■ Und mit inhaltlicher Unterstützung der Fachreferate!

Einführung und Inhalt

Bereits zum dritten Mal veröffentlicht das Statistische Landesamt Baden-Württemberg mit dieser Ausgabe die Themen übergreifende gemeindespezifische Publikation: Statistik Kommunal, eine Darstellung gemeinderelevanter Daten in knapper und übersichtlicher Form. Die Publikation bietet in 15 Tabellen und 10 Schaubildern mit rund 1 000 Daten wichtige statistische Informationen für jede einzelne Gemeinde Baden-Württembergs. Kurze, allgemein verständliche Texte zu den 10 Kapiteln – mit Landeswerten zum Vergleich – runden die Publikation ab.

Das Spektrum der Themen reicht von „Bevölkerung“ über „Wahlen“, „Beschäftigung und Arbeitsmarkt“, „Verkehr“ bis hin zu „Kommunalfinanzen“. Die Kenngrößen werden zum jeweils aktuellen verfügbaren Stand dargestellt. Grundsätzlich ist die zeitliche Entwicklung aus dem kurzfristigen Vergleich (zum Vorjahr) und langfristig abzulesen. Gelegentliche Ausnahmen von dem Prinzip des kurz- und langfristigen Vergleichs sind zum Beispiel durch Statistiken bedingt, in denen zwischen den einzelnen Erhebungszeitpunkten längere Zeiträume liegen.

Für Statistik Kommunal wurden Daten aus der Struktur- und Regionaldatenbank des beim Statistischen Landesamt geführten Landesinformationssystem Baden-Württembergs verwendet. Bedingung für die Aufnahme der Daten war, dass diese auf Gemeindeebene vorliegen. Bei einzelnen Gemeinden kann es vorkommen, dass einige gemeindespezifische Ergebnisse der statistischen Geheimhaltung unterliegen und nicht ausgewiesen werden können. Die Veröffentlichung ermöglicht dem Leser dennoch, sich umfassend über seine Gemeinde zu informieren und diese im Vergleich einzuordnen. Weitere Gemeindedaten entnehmen Sie bitte unserem Internetangebot: www.statistik-bw.de und ebenfalls dem darin diesjährig neu erschienenen „Demografie-Spiegel“.

Gemeindedaten im Überblick	4
Zeichenerklärung.....	6
Fläche.....	7
Bevölkerung.....	8
Bildung.....	10
Wahlen	11
Landwirtschaft	12
Beschäftigung und Arbeitsmarkt.....	13
Verkehr	14
Wohnen	15
Wasserwirtschaft	16
Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal.....	17
Fußnoten und Abkürzungen	18
Erläuterungen und Definitionen.....	19

Gemeindedaten im Überblick ...

	Einheit	Gemeinde
Fläche		
Fläche insgesamt 2007	ha	2 557
Bevölkerung		
Bevölkerung Ende 2007	Anzahl	5 659
Geburtenüberschuss bzw. -defizit 2007	Anzahl	- 19
Wanderungsgewinn bzw. -verlust 2007	Anzahl	- 13
Bevölkerungszu-/abnahme 2007	Anzahl	- 32
Bildung ¹⁾		
Schüler an allgemeinbildenden Schulen insgesamt 2007/2008	Anzahl	1 008
Schüler an Grund- und Hauptschulen 2007/2008	Anzahl	365
Schüler an Realschulen 2007/2008	Anzahl	643
Schüler an Gymnasien 2007/2008	Anzahl	-
Übergänge auf weiterführende Schulen insgesamt 2007/2008	Anzahl	62
Landwirtschaft		
Landwirtschaftliche Betriebe 2007	Anzahl	22
Landwirtschaftlich genutzte Fläche 2007	ha	1 097
Beschäftigte und Arbeitsmarkt		
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2007	Anzahl	1 369
Pendlersaldo 2007	Anzahl	- 482
Arbeitslose insgesamt 2007	Anzahl	140
Arbeitslose Frauen 2007	Anzahl	81
Verkehr		
Kraftfahrzeugbestand 2007	Anzahl	4 293
Straßenverkehrsunfälle 2007 ²⁾	Anzahl	33
Verunglückte Personen 2007	Anzahl	26
Wohnen		
Wohngebäude 2007	Anzahl	1 543
Wohnungen 2007 ³⁾	Anzahl	2 321
Gemeindefinanzen		
Steuerkraftmesszahl 2007	1 000 EUR	4 422
Steuerkraftsumme 2007	1 000 EUR	5 212
Schuldenstand 2007	1 000 EUR	11 552
Gewerbsteuerhebesatz 2007	%	340
Tourismus ⁴⁾		
Beherbergungsstätten ab 9 Betten 2007	Anzahl	.
Schlafgelegenheiten insgesamt 2007	Anzahl	.
Ankünfte insgesamt 2007	Anzahl	.
Übernachtungen insgesamt 2007	Anzahl	.
Übernachtungen von Gästen mit Wohnsitz im Ausland 2007	Anzahl	.

... und im Vergleich

	Einheit	Gemeinde	Landkreis	Land
Fläche				
Siedlungs- und Verkehrsfläche 2007	%	15	19	14
Waldfläche 2004	%	30	36	38
Landwirtschaftsfläche 2004	%	54	43	46
Bevölkerung				
Ausländeranteil 2007	%	10	10	12
Durchschnittsalter 2007	Jahre	41,7	42,7	42,0
Geburtenrate ⁵⁾ 2002 bis 2007	Anzahl	41	43	44
Bevölkerungsdichte 2007	Einw/km ²	221	504	301
Bildung ¹⁾				
Übergänge auf Hauptschulen 2007/2008	%	29	22	26
Übergänge auf Realschulen 2007/2008	%	44	30	33
Übergänge auf Gymnasien 2007/2008	%	24	47	40
Bundestagswahl 2005⁶⁾				
Wahlbeteiligung	%	79,0	81,6	78,7
Zweitstimmenanteil der Parteien:				
CDU	%	45,4	37,7	39,2
SPD	%	25,1	32,1	30,1
FDP	%	12,6	12,2	11,9
GRÜNE	%	7,8	9,9	10,7
Beschäftigung				
Beschäftigte im Produzierenden Gewerbe 2007	%	45	36	41
Beschäftigte im Handel, Gastgewerbe und Verkehr 2007	%	15	22	21
Beschäftigte im sonstigen Dienstleistungsbereich 2007	%	40	41	38
Verkehr				
Pkw je 1 000 Einwohner 2007	Anzahl	619	655	592
Wohnen				
Anteil Einfamilienhäuser an Wohngebäuden 2007	%	65	57	58
Wohnfläche je Einwohner 2007	m ²	43	45	42
Wasserwirtschaft				
Trinkwasserverbrauch je Einwohner 2004	Liter/Tag	127	127	123
Gesamtpreis für Trink- und Abwasser 2008	EUR/m ³	3,85	3,85	4,02
Gemeindefinanzen				
Steuerkraftmesszahl je Einwohner 2007	EUR	771	889	692
Schuldenstand je Einwohner 2007	EUR	2 027	827	897
Tourismus ⁴⁾				
Durchschnittliche Auslastung der Schlafgelegenheiten 2007	%	.	27	33
Durchschnittliche Aufenthaltsdauer 2007	Tage	.	1,9	2,7

Zeichenerklärung

- 0 In Schaubildern: Zahlenwert genau null
- 0 In Tabellen: Weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- Nichts vorhanden (genau null)
- . Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
- X Nachweis nicht sinnvoll

Abweichungen in den Summen erklären sich durch Runden der Zahlen

Fläche

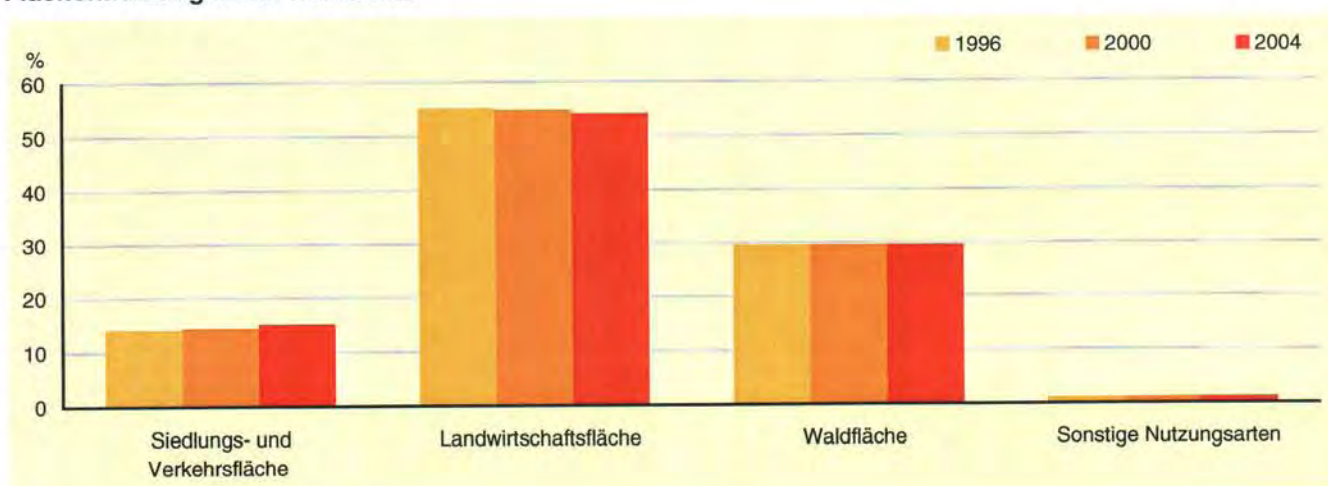
Die Landesfläche von Baden-Württemberg umfasst 35 751 km². Damit ist der Südweststaat etwas größer als Belgien und nur wenig kleiner als die Schweiz. Die Gemeinde mit der größten Fläche ist Stuttgart mit 207 km², gefolgt von Baiersbronn (Landkreis Freudenstadt) mit 190 km² und Bad Wurzach im Landkreis Ravensburg mit 182 km². Die drei kleinsten Gemeinden des Landes liegen in den Landkreisen Lörrach und Biberach: Wembach mit 1,8 km² und Fischingen mit 1,9 km² sowie die Gemeinde Moosburg mit ebenfalls knapp 1,9 km².

Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der gesamten Bodenfläche in Baden-Württemberg beträgt mit gut 497 000 ha rund 14 %. Noch Ende der 80er-Jahre des vergangenen Jahrhunderts lag er unter 12 %. Die tägliche Flächeninanspruchnahme für Baumaßnahmen in den Bereichen Wohnen, Gewerbe, Industrie und Straßen erreichte im Jahr 2007 den Umfang von 10,3 ha. Den größten Anteil an der Siedlungs- und Verkehrsfläche des Landes nehmen dabei die Gebäude- und Freiflächen ein (53,5 %). Vier Zehntel entfallen auf Verkehrsflächen, das heißt auf Flächen für Straßen, Wege, Plätze, den Schienen- und Luftverkehr. Rund 6 % entfallen auf die Erholungsflächen. Unter den Gemeinden reicht der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche von 2,5 % in der Gemeinde Simonswald (Landkreis Emmendingen) bis zu 60,8 % in der Stadt Kornwestheim im Landkreis Ludwigsburg.

Siedlungs- und Verkehrsfläche in der Gemeinde

Nutzungsart	Gemeinde				im Vergleich zum Land	
	2000		2007		2007	
	ha	%	ha	%	ha	%
Fläche insgesamt	2 557	100,0	2 557	100,0	3 575 140	100,0
Siedlungs- und Verkehrsfläche	369	14,4	387	15,1	497 385	13,9
Darunter						
Gebäude- und Freifläche	184	7,2	200	7,8	266 263	7,4
Betriebsfläche ohne						
Abbauland	1	–	1	–	4 274	0,1
Verkehrsfläche	173	6,8	174	6,8	194 079	5,4
Erholungsfläche	7	0,3	7	0,3	29 313	0,8
Friedhofsfläche	4	0,2	4	0,2	3 455	0,1

Flächennutzung in der Gemeinde



Bevölkerung

Die Entwicklung der Bevölkerung und insbesondere deren Struktur haben maßgeblichen Einfluss auf die Arbeit der Kommunen, unter anderem bei der Planung von Kindergärten, Schulen und Pflegeeinrichtungen sowie der Ausweisung von Bauland. Allein seit 1990, dem Jahr der Wiedervereinigung, hat sich die Bevölkerungszahl landesweit um gut 9 % auf 10,75 Mill. Einwohner erhöht. Der Zuwachs der Bevölkerung beruhte insbesondere auf den Zuwanderungen, in geringerem Umfang auf einem Geburtenüberschuss. Seit 2006 folgt Baden-Württemberg der Entwicklung der anderen Bundesländer – die Zahl der Geborenen unterschritt seit 1983 erstmals wieder die der Gestorbenen.

Die Baden-Württemberger waren Ende des Jahres 2007 durchschnittlich 42,0 Jahre alt. Zehn Jahre zuvor waren sie mit 39,6 Jahren noch 2,4 Jahre jünger. Mit durchschnittlich 35,0 Jahren lebt die jüngste Bevölkerung in der Gemeinde Fleischwangen (Landkreis Ravensburg). Am ältesten ist sie derzeit mit 49,7 Jahren in dem Erholungsort Bürchau (Landkreis Lörrach). Die Altersstruktur einer Gemeinde wird beeinflusst durch die Geburtenhäufigkeiten, Zu- oder Fortzüge junger Familien mit kleinen Kindern oder durch die Prägung als Kurbetrieb bzw. als bevorzugter Altersruhesitz. Wie sich die Bevölkerung in Ihrer Gemeinde entwickelt hat, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Bevölkerungsentwicklung seit 1871*)

Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²	Jahr	Bevölkerung insgesamt	Davon		Einwohner je km ²
		männlich	weiblich				männlich	weiblich	
	Anzahl	%		Anzahl		Anzahl	%		Anzahl
1871	2 563	48	52	100	1990	5 268	49	51	206
1890	2 654	47	53	104	1992	5 482	49	51	214
1900	2 546	48	52	100	1994	5 507	50	50	215
1910	2 554	49	51	100	1996	5 613	49	51	220
1925	2 558	49	51	100	1998	5 629	49	51	220
1933	2 586	49	51	101	2000	5 685	49	51	222
1939	2 402	48	52	94	2002	5 689	49	51	222
1950	4 002	47	53	157	2004	5 749	49	51	225
1961	3 899	46	54	153	2005	5 736	49	51	224
1970	4 696	48	52	184	2006	5 691	49	51	223
1987	4 970	49	51	194	2007	5 659	49	51	221

Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortzüge

Jahr	Natürliche Bevölkerungsbewegung					Wanderungen					Bevölkerungszu- (+) bzw. -abnahme (-)					
	Lebendgeborene	Gestorbene	Geburtenüberschuss (+) bzw. -defizit (-)			Zuzüge	Fortzüge	Wanderungssaldo		insgesamt	je 1 000 Einwohner					
			insgesamt	je 1 000 Einwohner	insgesamt			je 1 000 Einwohner								
	Anzahl															
1999	55	65	-	10	-	2	382	382	+	0	0	-	10	-	2	
2000	62	65	-	3	-	1	390	321	+	69	+	12	+	66	+	12
2001	54	61	-	7	-	1	381	308	+	73	+	13	+	66	+	12
2002	48	52	-	4	-	1	314	372	-	58	-	10	-	62	-	11
2003	53	58	-	5	-	1	371	329	+	42	+	7	+	37	+	6
2004	48	55	-	7	-	1	333	301	+	32	+	6	+	25	+	4
2005	42	65	-	23	-	4	361	351	+	10	+	2	-	13	-	2
2006	45	55	-	10	-	2	282	317	-	35	-	6	-	45	-	8
2007	36	55	-	19	-	3	315	328	-	13	-	2	-	32	-	6

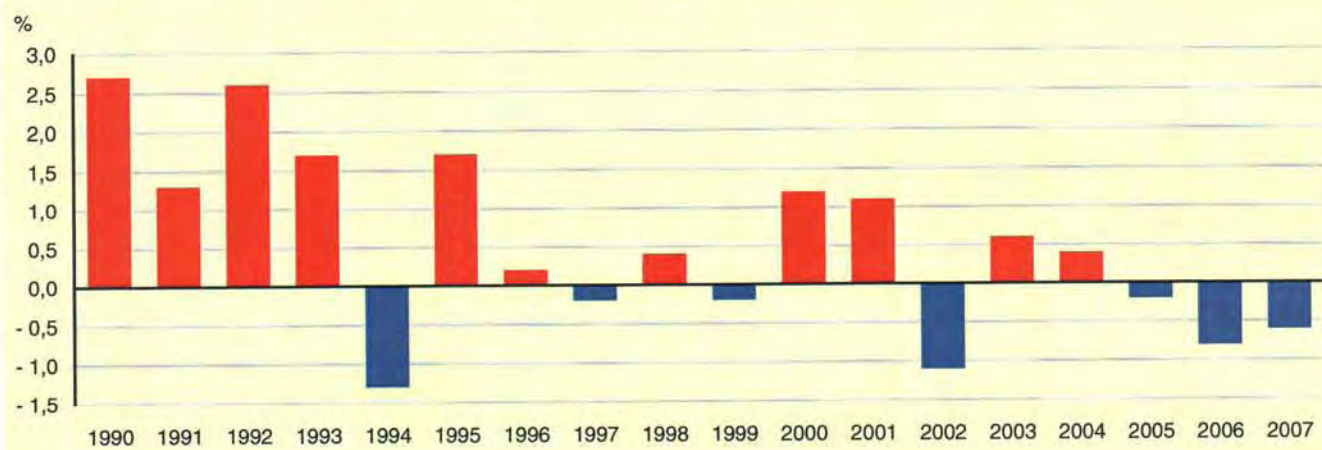
Bevölkerungsstruktur 2007

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	118	2	65	2	53	2	3	3	3	
3 - 6	140	2	67	2	73	3	3	3	3	
6 - 15	615	11	310	11	305	11	9	10	9	
15 - 18	232	4	128	5	104	4	3	4	3	
18 - 25	488	9	251	9	237	8	8	9	8	
25 - 40	997	18	512	18	485	17	20	20	19	
40 - 65	2 010	36	1 005	36	1 005	35	35	36	34	
65 - 75	626	11	300	11	326	11	11	11	11	
75 und mehr	433	8	143	5	290	10	8	6	10	
Insgesamt	5 659	100	2 781	100	2 878	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	41,7		40,2		43,2		42,0	40,7	43,2	

Zum Vergleich: Bevölkerungsstruktur 1997

Alter von ... bis unter ... Jahren	Bevölkerung insgesamt		Davon				Land zum Vergleich			
			männlich		weiblich		insgesamt	männlich	weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	%			
unter 3	186	3	95	3	91	3	3	3	3	
3 - 6	216	4	120	4	96	3	3	4	3	
6 - 15	632	11	321	12	311	11	10	11	10	
15 - 18	214	4	106	4	108	4	3	3	3	
18 - 25	411	7	211	8	200	7	8	8	7	
25 - 40	1 275	23	647	24	628	22	25	27	24	
40 - 65	1 827	33	943	34	884	31	32	33	31	
65 - 75	494	9	212	8	282	10	9	8	9	
75 und mehr	349	6	95	3	254	9	7	4	9	
Insgesamt	5 604	100	2 750	100	2 854	100	100	100	100	
Durchschnittsalter in Jahren										
	39,2		37,3		41,0		39,6	37,9	41,3	

Zu- bzw. Abnahme der Bevölkerungszahl im Vergleich zum Vorjahr



Bildung

Baden-Württemberg besitzt ein nahezu flächendeckendes Angebot an öffentlichen Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien. Darüber hinaus gibt es zur Förderung benachteiligter Schülerinnen und Schüler ein differenziertes Sonderschulwesen. In einigen dieser sonderpädagogischen Bildungsgänge können auch die Abschlüsse der allgemeinen Schulen erworben werden.

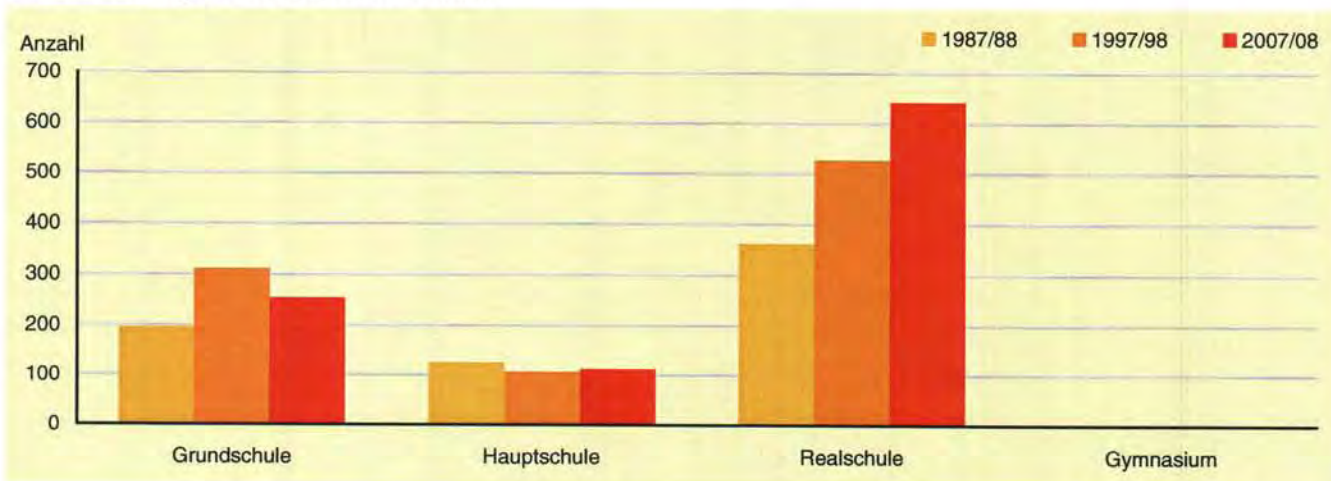
An den Berufsschulen im Land findet unter anderem der schulische Teil der Ausbildung im Dualen System statt. Weitere berufliche Schularten ermöglichen außer beruflichen Abschlüssen oft auch den Erwerb allgemeinbildender Abschlüsse. Neben den öffentlichen Schulen gibt es auch 344 private allgemeinbildende – darunter 53 Freie Waldorfschulen – und 293 private berufliche Schulen.

Nach einem Rückgang der Schülerzahlen in den 80er-Jahren war seit den 90er-Jahren im Land wieder ein Anstieg zu beobachten. Im Schuljahr 2003/04 wurde mit gut 1,3 Mill. Schülerinnen und Schülern an den allgemeinbildenden Schulen ein Maximum erreicht. Seitdem hat sich die Schülerzahl auf knapp 1,28 Mill. im Schuljahr 2007/08 verringert. Bis 2025 dürfte die Zahl weiter um rund 22 % auf weniger als 1 Mill. absinken.

Allgemeinbildende Schulen Schuljahr 2007/2008

Schularten	Öffentliche und private Schulen insgesamt ¹⁾	Schüler an öffentlichen und privaten Schulen insgesamt	Darunter öffentliche Schulen				Zum Vergleich: Schuljahr 1997/1998	
			Schüler zusammen	und zwar		Schüler je Klasse ²⁾	Schüler zusammen	Schüler je Klasse ²⁾
				weiblich	ausländisch			
			Anzahl	%		Anzahl		
Grundschulen	2	253	253	56	13	19	311	22
Hauptschulen	1	112	112	45	38	19	106	21
Sonderschulen	–	–	–	.	.	–	–	–
Realschulen	1	643	643	49	3	29	527	29
Gymnasien	–	–	–	–	–	–	–	–
Freie Waldorfschulen	–
Andere Schularten ³⁾	–	–	–	–	–	–	–	–
Insgesamt	4	1 008	1 008	.	.	X	944	X

Schüler an allgemeinbildenden Schulen



Wahlen

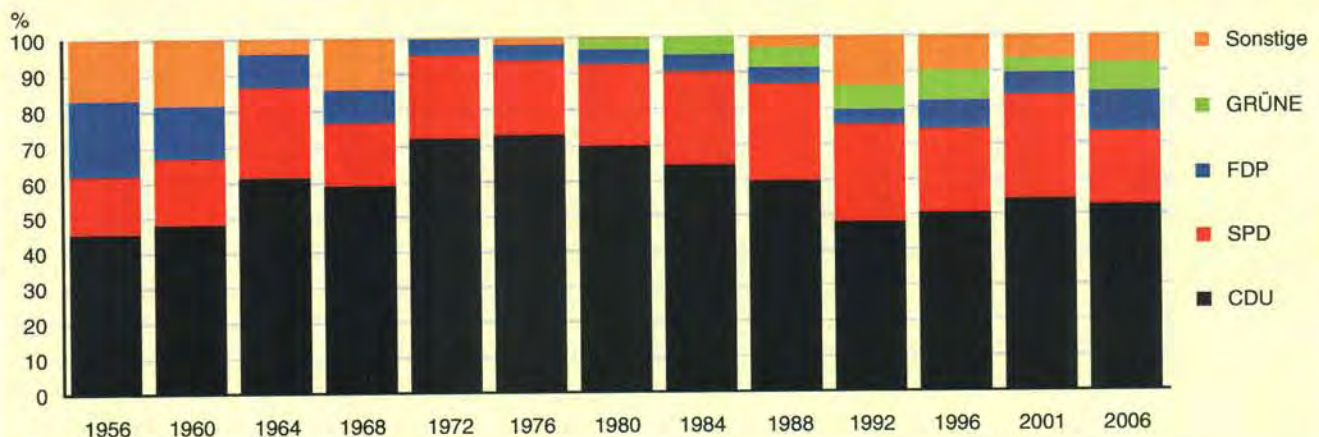
Einen sehr wichtigen Teil der Landesgeschichte und der politischen Kultur Baden-Württembergs stellen die verschiedenen Parlamentswahlen dar. Hierbei gibt es durchaus regionale Besonderheiten des Wahlverhaltens im deutschen Südwesten. Seit Bestehen des Landes prägt die CDU das politische Bild Baden-Württembergs. Mit der Landtagswahl 2006 hielt sie mit 44,2 % der Wählerstimmen ihr hohes Niveau und ihre Stellung als stärkste Partei im Land. Die SPD konnte nicht an den Wahlerfolg von 2001 anknüpfen. Sie erreichte mit 25,2 % ihr zweitniedrigstes Ergebnis bei einer Landtagswahl. Die FDP erlangte in ihrem „Stammland“ erstmals seit 1968 wieder ein zweistelliges Wahlergebnis, gaben jedoch den 2001 errungenen Platz als drittstärkste politische Kraft in Baden-Württemberg an die GRÜNEN ab. Deren Stimmenanteil lag mit 11,7 % um einen Prozentpunkt höher. Insgesamt gehören dem 14. Landtag von Baden-Württemberg 139 Abgeordnete an.

Die seit Anfang der 70er-Jahre bei Wahlen zu beobachtende allgemein rückläufige Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg setzte sich bei der Landtagswahl 2006 nicht nur fort – sie erreichte einen historischen Tiefpunkt, denn mit 53,4 % war es die niedrigste Quote bei einer Landtagswahl seit Bestehen des Landes. Inwieweit das Wahlverhalten in Ihrer Gemeinde dem hier aufgezeigten Landestrend entspricht, können Sie den folgenden Darstellungen entnehmen.

Wahlergebnisse

Wahl	Briefwahl ¹⁾	Wahl-berechtigte	Wähler	Wahl-beteiligung	Stimmenanteile ²⁾				
					CDU	SPD	GRÜNE	FDP	Sonstige
					% bzw. bei Veränderung Prozentpunkte				
Landtagswahl 2006	mit	4 045	2 171	53,7	52,9	20,3	7,7	11,3	7,7
Landtagswahl 2001	mit	4 020	2 495	62,1	54,2	29,3	4,0	6,2	6,3
Veränderung		+ 25	- 324	- 8,4	- 1,3	- 9,0	+ 3,7	+ 5,1	+ 1,4
Bundestagswahl 2005	mit	4 059	3 207	79,0	45,4	25,1	7,8	12,6	9,1
Bundestagswahl 2002	mit	4 001	3 292	82,3	51,4	28,9	8,0	7,4	4,3
Veränderung		+ 58	- 85	- 3,3	- 6,0	- 3,8	- 0,2	+ 5,2	+ 4,8
Europawahl 2004	mit	4 039	2 350	58,2	56,6	16,2	9,9	5,2	12,2
Europawahl 1999	mit	3 965	1 663	41,9	62,0	20,9	6,1	3,6	7,3
Veränderung		+ 74	+ 687	+ 16,3	- 5,4	- 4,7	+ 3,8	+ 1,6	+ 4,9

Stimmanteile der Parteien bei den Landtagswahlen (ohne Briefwähler)



Landwirtschaft

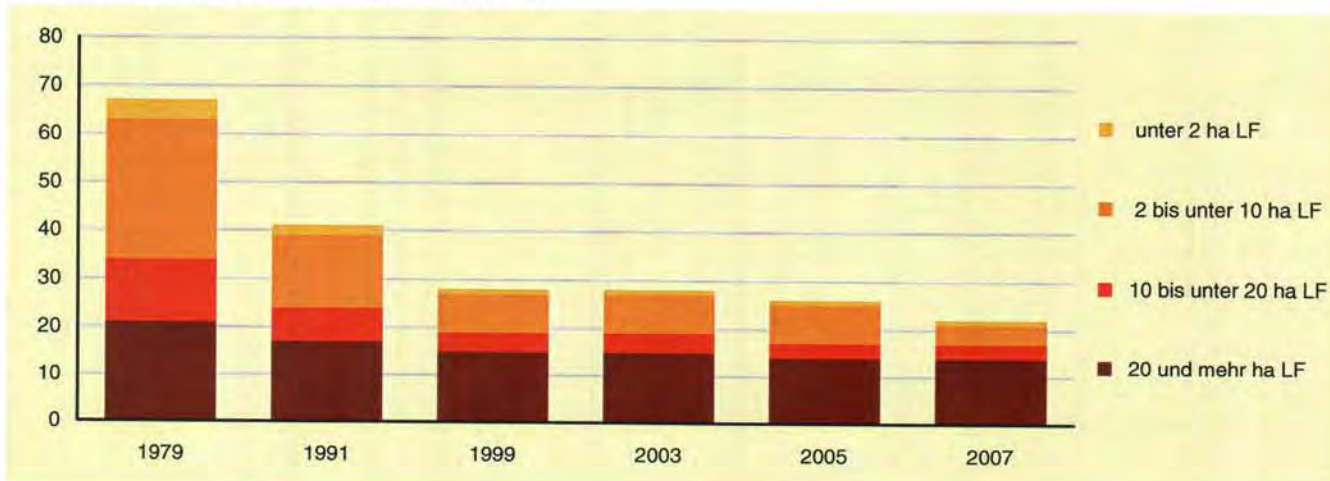
Die tief greifenden Strukturveränderungen in der Landwirtschaft führten in den vergangenen Jahrzehnten auf der einen Seite zu einem deutlichen und stetem Rückgang der Zahl der Betriebe, auf der anderen Seite stieg die durchschnittliche Betriebsgröße. 2007 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 57 049 Betriebe gezählt. 17 Jahre zuvor war deren Zahl im Land noch doppelt so hoch. Die Existenz der Betriebe war und ist weniger von der Qualität der Böden, als von der Ausstattung mit Kapital und nicht zuletzt von der Agrarpolitik der Europäischen Union bestimmt. Die Betriebsgröße betrug zu Beginn der 90er-Jahre noch 12,5 ha je Betrieb. Derzeit ist diese Größe auf 25,2 ha gestiegen. Im Vergleich zu den anderen Bundesländern – mit Ausnahme der Stadtstaaten – ist die mittlere Betriebsgröße in Baden-Württemberg dennoch am geringsten und damit nach wie vor charakteristisch für die hiesige Landwirtschaft, was nicht zuletzt an dem hohen Anteil an Sonderkulturen liegt.

Landesweit wurde im Jahr 2007 eine Fläche von knapp 1,4 Mill. ha landwirtschaftlich genutzt, davon 58 % als Ackerland und 38 % als Dauergrünland. Etwa 3 % der Fläche entfielen auf Dauerkulturen, beispielsweise Rebland oder Obstbauflächen. Die Agrarlandschaft in Baden-Württemberg ist von großen naturräumlichen Unterschieden geprägt, was sich in den zahlreichen Betriebsformen, Produktionsverfahren und damit auch Sonderkulturen widerspiegelt.

Landwirtschaft*)

Jahr ¹⁾	Landwirtschaftliche Betriebe insgesamt	Darunter Haupterwerbsbetriebe	Landwirtschaftlich genutzte Fläche insgesamt	Darunter			Durchschnittliche Betriebsgröße	Viehhaltung			
				Ackerland	Dauergrünland	Dauerkulturen		Rinder		Schweine	
								insgesamt	je Halter	insgesamt	je Halter
				Anzahl	ha	%			ha	Anzahl	
1983	58	22	1 113	87	12	.	19	675	29	1 159	34
1987	54	19	1 113	88	12	–	21	733	33	1 208	43
1995	29	11	1 108	89	11	–	38	483	44	1 255	105
1999	28	5	1 114	90	10	–	40	270	30	1 539	171
2001	28	.	1 110	90	10	–	40	272	30	1 372	229
2003	28	8	1 098	90	10	–	39	266	38	1 515	216
2005	26	.	1 099	90	10	.	42
2007	22	6	1 097	90	10	.	50	240	40	1 820	364

Landwirtschaftliche Betriebsgrößenstruktur



Beschäftigung und Arbeitsmarkt

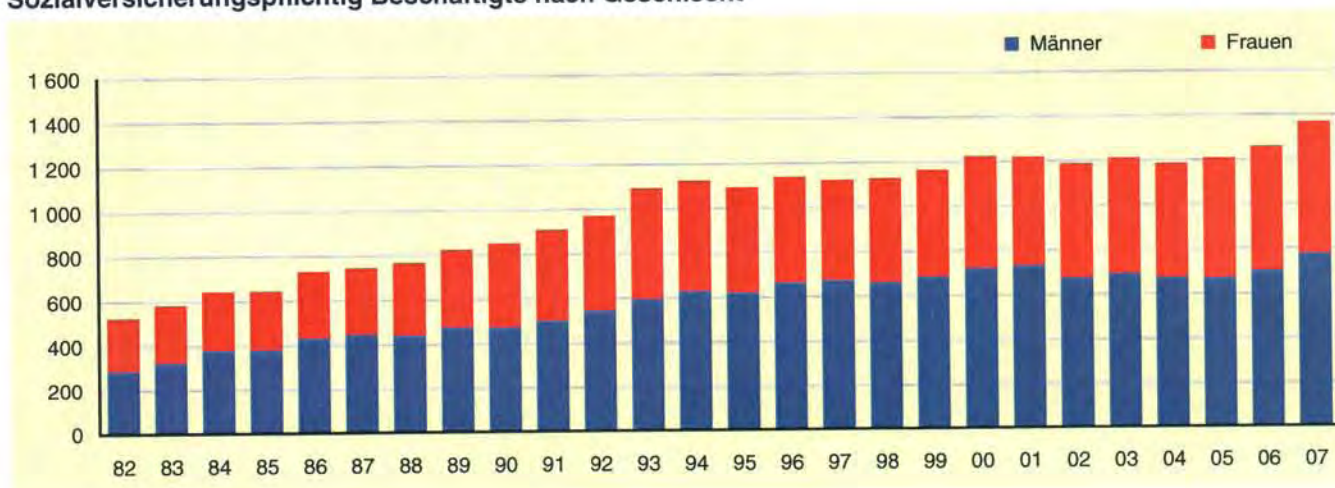
In Baden-Württemberg waren zur Jahresmitte 2007 gut 3,8 Mill. Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt, über 65 000 bzw. 1,7 % mehr als ein Jahr zuvor. Unter dem Eindruck der guten Konjunktur war bereits 2006 der jahrelang andauernde Abbau an sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen zum Stillstand gekommen und in einen Beschäftigungszuwachs von 0,7 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert gemündet. Die günstige Arbeitsplatzbilanz war 2007 in allen Wirtschaftssektoren des Landes zu beobachten. Mit einem Anteil von über 70 % des gesamten Beschäftigungszuwachses erzielte der Dienstleistungsbereich (+ 46 000 bzw. + 2,1 %) die größten Beschäftigungsgewinne. Auch im Produzierenden Gewerbe wurde nach jahrelangem Stellenabbau wieder Personal aufgestockt (+ 16 000 bzw. + 1,0 %). Insgesamt arbeiteten von den gut 3,8 Mill. sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Land 2,23 Mill. in Dienstleistungsunternehmen (59 %), rund 1,55 Mill. im Produzierenden Gewerbe (41 %) und knapp 30 000 (0,1 %) in der Land- und Forstwirtschaft einschließlich Fischerei.

Die Zahl der Arbeitslosen verringerte sich im Jahresdurchschnitt 2007 gegenüber dem Vorjahr in Baden-Württemberg um gut 76 000 bzw. 22 % auf rund 273 000 Personen. Die auf alle zivilen Erwerbspersonen bezogene Arbeitslosenquote sank von 2006 auf 2007 von 6,3 auf 4,9 %.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sowie Arbeitslose*

Jahr (30.6.)	Beschäftigte ¹⁾		Und zwar ²⁾					Arbeits- lose insgesamt	Und zwar		
	ins- gesamt	je 1 000 Ein- wohner	Frauen	Aus- länder	Produ- zierendes Gewerbe	Handel, Gast- gewerbe, Verkehr	Sonstige Dienst- leistungen		Frauen	unter 25 Jahre	55 Jahre und älter
	Anzahl		%					Anzahl	%		
1980	721	150	41	7	50	12	37
1985	645	132	41	4	43	21	36
1990	851	166	44	6	44	23	33
1995	1 092	198	43	14	38	20	43
2000	1 222	217	41	16	39	18	42	156	53	10	24
2004	1 185	206	43	12	45	16	39	192	48	9	12
2005	1 208	210	44	11	45	14	40	234	51	12	11
2006	1 258	219	44	10	44	14	42	222	55	10	13
2007	1 369	240	43	12	45	15	40	140	58	12	14

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht



Verkehr

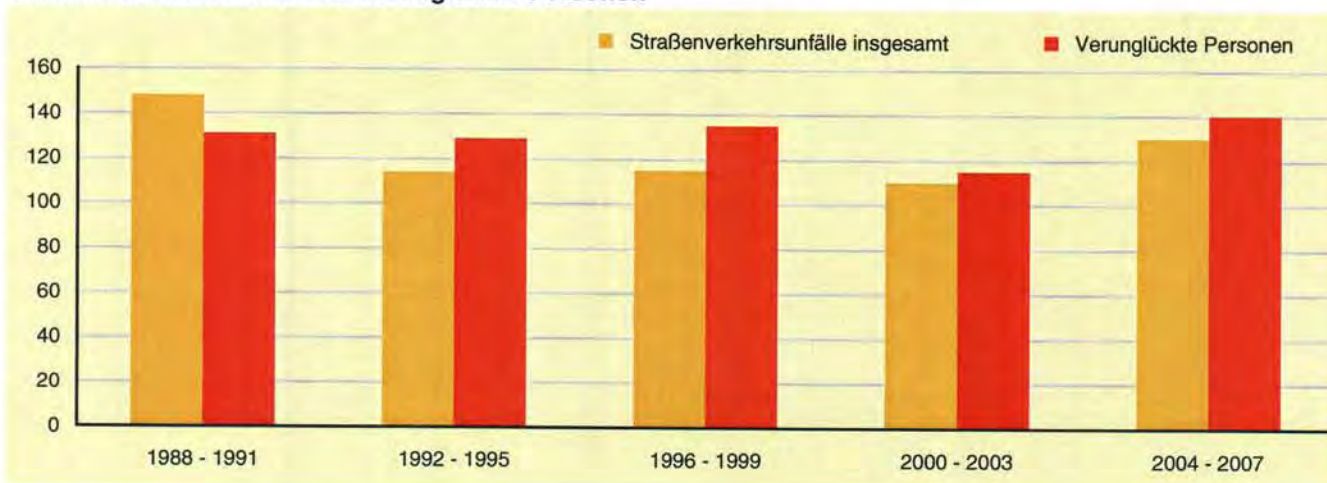
Gut 7,6 Mill. Kraftfahrzeuge waren 2007 in Baden-Württemberg zugelassen. Vor etwa 30 Jahren war der gesamte Kfz-Bestand des Landes nur halb so hoch. Auch die Zahl der Personenkraftwagen (Pkw) hat sich in dem Zeitraum mehr als verdoppelt, 2007 waren knapp 6,4 Mill. Pkw zugelassen. Der Anstieg des Pkw-Bestandes ist demografisch bedingt, für die Entwicklung entscheidender ist jedoch die stete Zunahme des Motorisierungsgrades der Bevölkerung. 2007 kamen auf 1 000 Einwohner 592 Pkw. Vor 20 Jahren waren es noch 478 Pkw je 1 000 Einwohner. Die regionalen Unterschiede bei der Pkw-Dichte sind zum Teil erheblich. Gebiete mit hoher Verdichtung und damit einhergehender gut ausgebauter Infrastruktur hinsichtlich des Personennahverkehrs, haben zumeist eine geringere Pkw-Dichte, wie zum Beispiel die Städte Freiburg, Heidelberg und Konstanz. Eine Ursache für eine hohe Pkw-Dichte kann die örtliche Konzentration an gewerblich zugelassenen Fahrzeugen größerer Unternehmen sein.

Knapp 54 900 Personen verunglückten 2007 in Baden-Württemberg bei 57 900 Straßenverkehrsunfällen mit Personen- oder schwerem Sachschaden. Gegenüber dem Vorjahr hat sich deren Zahl leicht erhöht. Die Zahl der Verkehrstoten erreichte mit 624 Personen dagegen einen neuen Tiefstand seit Einführung der Statistik. Inwiefern sich dieser Landestrend in Ihrer Gemeinde widerspiegelt, sehen Sie in den nachfolgenden Darstellungen.

Kraftfahrzeuge*) und Straßenverkehrsunfälle

Jahr ¹⁾	Kraftfahrzeugbestand			Pkw je 1000 Einwohner	Straßenverkehrsunfälle ³⁾		Verunglückte Personen	Darunter	
	insgesamt	darunter			insgesamt	darunter Personenschaden		Getötete	Schwer- verletzte
		Pkw	Krafträder ²⁾						
	Anzahl				Anzahl				
1991	3 209	2 768	130	522	39	20	29	3	10
1993	3 458	2 975	154	544	27	19	26	-	12
1995	3 634	3 120	165	565	26	17	30	2	12
1997	3 689	3 126	196	556	26	20	33	2	4
1999	3 731	3 117	236	556	29	19	31	3	11
2001	3 901	3 238	251	570	24	18	29	-	4
2003	3 986	3 275	280	576	32	19	33	-	6
2005	4 105	3 344	323	582	35	25	35	-	6
2006	4 201	3 451	338	602	31	20	39	2	8
2007	4 293	3 520	354	619	33	21	26	1	6

Straßenverkehrsunfälle und verunglückte Personen



Wohnen

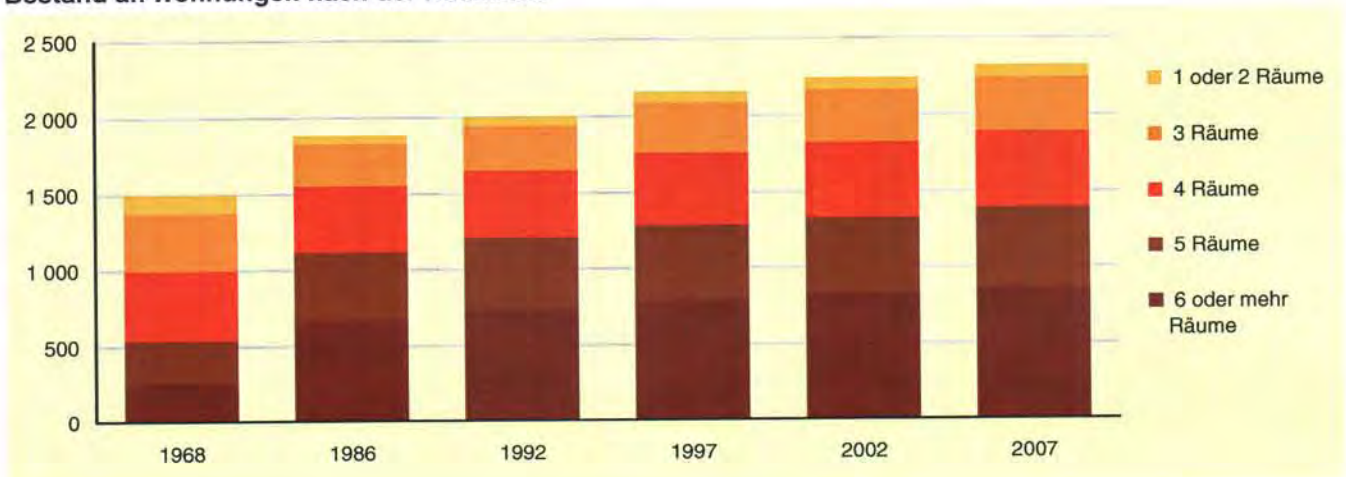
Die wachsende Bevölkerung, der Trend zu kleineren Haushalten und nicht zuletzt die Verbesserung der Wohnverhältnisse führten auch Ende 2007 in Baden-Württemberg zu einem Anstieg des Wohnungsbestandes auf nunmehr 4,94 Mill. Durchschnittlich 91,8 m² umfasste dabei die Fläche einer Wohnung. Rein rechnerisch teilten sich 218 Einwohner 100 Wohnungen. Demzufolge standen jedem Baden-Württemberger Ende 2007 42,1 m² Wohnfläche zur Verfügung. Zehn Jahre zuvor waren es noch 3 m² weniger. Die Zahl der fertig gestellten Wohngebäude und Wohnungen ist seit Mitte der 1990er rückläufig und erreichte 2007 den tiefsten Stand seit 1952. Allerdings waren in dem Jahr die Auswirkungen der Abschaffung der Eigenheimzulage besonders deutlich zu spüren.

Ende 2007 gab es landesweit rund 58 % Einfamilienhäuser, 24 % Zweifamilienhäuser und knapp 18 % Mehrfamilienhäuser. Der Anteil der Einfamilienhäuser ist zumeist in den ländlich geprägten Gebieten höher als in den verdichteten Bereichen, was nicht zuletzt auf die unterschiedlichen Baulandpreise zurückzuführen ist. Am höchsten ist er in den Gemeinden Grundsheim (Alb-Donau-Kreis) und Guggenhausen (Landkreis Ravensburg) mit jeweils 91 %, am niedrigsten in der Stadt Fellbach (Rems-Murr-Kreis) mit 27 %, gefolgt von der Landeshauptstadt Stuttgart mit 30 %.

Wohngebäude und Wohnungen

Jahr ¹⁾	Wohngebäude insgesamt	Davon mit ... Wohnungen						Wohnungen insgesamt ²⁾	Einwohner je 100 Wohnungen	Wohnfläche je Einwohner
		1		2		3 und mehr				
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%			
1968	901	429	48	295	33	76	8	1 500	301	23
1986	1 303	884	68	349	27	70	5	1 884	259	39
1992	1 371	921	67	373	27	77	6	2 001	274	38
1997	1 449	956	66	401	28	92	6	2 156	260	40
2002	1 489	973	65	415	28	101	7	2 241	254	41
2003	1 500	975	65	422	28	103	7	2 265	253	41
2004	1 511	985	65	422	28	104	7	2 279	252	42
2005	1 523	990	65	429	28	104	7	2 298	250	42
2006	1 532	996	65	430	28	106	7	2 312	246	43
2007	1 543	1 007	65	431	28	105	7	2 321	244	43

Bestand an Wohnungen nach der Raumzahl



Wasserwirtschaft

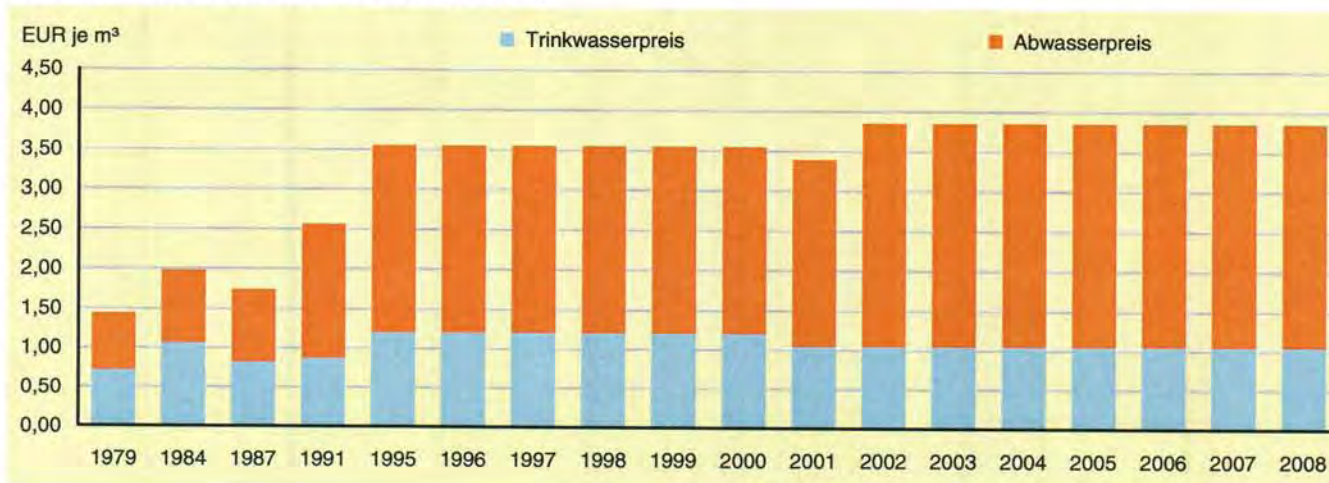
In Baden-Württemberg wurden 2004 insgesamt 5,3 Mrd. m³ Wasser für die Nutzung als Trink- und Brauchwasser für Bewässerungs- und Kühlzwecke bzw. als Produktionswasser benötigt. Nach den Ergebnissen der dreijährlich durchgeführten Erhebungen zur Wasserwirtschaft wurden davon 686 Mill. m³ (13 %) durch die öffentliche Wasserversorgung gewonnen, zumeist als Grund- oder Quellwasser (71 %). Die Trinkwasserabgabe an Letztverbraucher betrug 2004 rund 590 Mill. m³. Der durchschnittliche tägliche Wasserverbrauch von Haushalten und Kleingewerbe ging landesweit weiter auf 123 Liter je Einwohner zurück, 1975 lag der Pro-Kopf-Verbrauch noch bei 156 Liter. Höhere Preise, aber auch ein gestärktes Umweltbewusstsein, haben das Verbraucherverhalten verändert. Ebenfalls eine Rolle spielt die Entwicklung von Wasser sparenden Technologien.

Der Gesamtpreis für Trink- und Abwasser betrug im Jahr 2008 im Landesdurchschnitt 4,02 Euro je m³ (ohne Grundgebühren). Die Preise variieren regional: Die Preisspanne reicht bei den einzelnen Kommunen des Landes von 1,82 Euro bis 8,20 Euro je m³. Neben der Wasserqualität und der Wassermenge wirken sich auch die Versorgungsstruktur, die Anschlussdichte, der Zustand des Leitungsnetzes sowie die Höhe der Wasserverluste auf die Wasserpreise aus.

Öffentliche Wasserversorgung und Wasserpreise

Jahr	Wassergewinnung insgesamt	Leitungsverluste ¹⁾	Wasserabgabe an Letztverbraucher			Trinkwasserpreis	Abwasserpreis	Gesamtpreis ²⁾	
			insgesamt	darunter an Haushalte und Kleingewerbe	täglicher Pro-Kopf-Verbrauch				
									1 000 m ³
						EUR je m ³ ³⁾			
1979	392	130	227	194	85	111	0,72	0,72	1,43
1987	559	218	334	201	60	110	0,82	0,92	1,74
1991	522	153	410	236	58	122	0,87	1,69	2,56
1995	529	156	588	273	46	134	1,20	2,35	3,55
1998	426	103	689	259	38	126	1,20	2,35	3,55
2001	527	205	728	266	37	127	1,04	2,35	3,39
2004	631	192	822	265	32	127	1,04	2,81	3,85
2006	1,04	2,81	3,85
2007	1,04	2,81	3,85

Kubikmeterpreise für Trink- und Abwasser*)



Kommunal финанzen und Gemeindepersonal

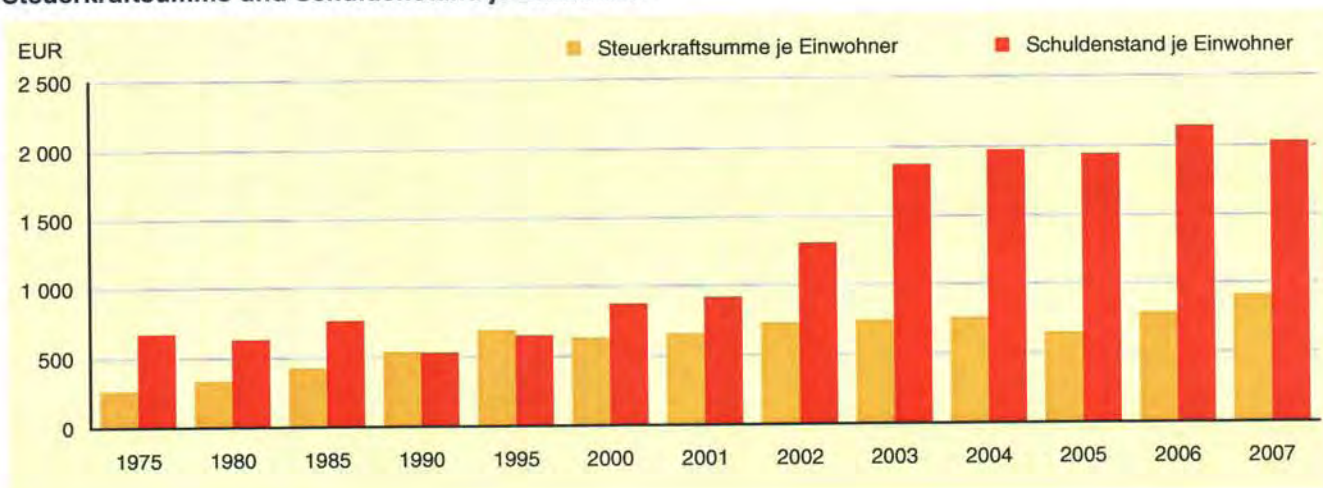
Noch vor wenigen Jahren war die kommunale Finanzpolitik von erheblichen finanziellen Einschnitten und grundlegenden Veränderungen geprägt. Seit etwa dem Jahr 2006 haben sich die Rahmenbedingungen für die Städte und Gemeinden aufgrund der günstigen Wirtschaftsentwicklung in Baden-Württemberg deutlich verbessert: Hohe Zuwächse bei der Gewerbesteuer und beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer stehen nur noch moderate Zunahmen bei den laufenden Ausgaben gegenüber. So sind die Gewerbesteuereinnahmen der Kommunen 2007 gegenüber 2006 im Südwesten um durchschnittlich 8 % gestiegen, während sich die Ausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände nur um knapp 2 % erhöht haben.

Von 1995 bis 2006 stiegen die kommunalen Schulden am Kreditmarkt (Kernhaushalte und Eigenbetriebe) jährlich um knapp 3 %. Die Pro-Kopf-Verschuldung lag Ende 2007 bei 898 Euro, 1995 aufgrund der damals geringeren Bevölkerungszahl noch etwas höher (914 Euro je Einwohner). Immerhin 102 der 1 109 Kommunen im Land hatten Ende 2007 keine Schulden am Kreditmarkt. Allerdings wird die Bewertung der Ergebnisse in Form der zeitlichen und interkommunalen Vergleichbarkeit des Schuldenstandes dadurch erschwert, dass in den letzten Jahren verstärkt wirtschaftliche Aktivitäten der Gemeinden in formal privatisierte aber noch durch die Gemeinde kontrollierte Betriebe überführt wurden.

Kommunal финанzen*) und Gemeindepersonal

Jahr	Steuerkraftmesszahl		Steuerkraftsumme		Schuldenstand ¹⁾		Personalstand	
	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	je Einwohner	insgesamt	Vollzeit-äquivalente
	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	1 000 EUR	EUR	Anzahl	
1990	1 671	330	2 726	539	2 729	531	54	.
1995	2 740	496	3 793	687	3 574	647	77	.
2000	2 536	453	3 519	628	4 919	872	68	56
2001	2 794	495	3 686	653	5 243	915	64	53
2002	2 921	510	4 164	727	7 398	1 302	63	53
2003	3 093	544	4 212	741	10 692	1 872	59	51
2004	3 227	565	4 329	758	11 325	1 970	54	46
2005	2 943	512	3 692	642	11 131	1 939	60	52
2006	3 886	677	4 499	784	12 262	2 138	56	48
2007	4 422	771	5 212	909	11 552	2 027	57	49

Steuerkraftsumme und Schuldenstand je Einwohner



Fußnoten

Gemeindedaten im Überblick...

- 1) Die Schülerzahlen werden für den Standort der jeweiligen Schule nachgewiesen.
- 2) Siehe unter Verkehr, Fußnote 3).
- 3) Siehe unter Wohnen, Fußnote 2).
- 4) Stand Juli: Ab 2004: Beherbergungsstätten (einschließlich Campingplätze) mit 9 und mehr Betten bzw. Schlafgelegenheiten. Ab Januar 2004 werden die Ergebnisse für Beherbergungsstätten und Campingplätze zusammen nachgewiesen.
- 5) Zahl der Geburten je 1 000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.
- 6) Siehe unter Wahlen, Fußnote 1) bzw. Seite 11, Tabelle 2. Spalte.

Bevölkerung

- *) Bis 1987 Volkszählungsergebnisse; ab 1990 Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 31.12. des Jahres.

Bildung

- 1) Öffentliche und private allgemeinbildende Schulen. Angegeben wird nicht die Anzahl der organisatorischen Einheiten einer Schulart, sondern die Anzahl der jeweils vorhandenen Schulgliederungen. Stand: Schuljahr 2006/07.
- 2) Bei Gymnasien: 5. bis 11. Klassenstufe.
- 3) Andere Schularten: Schulen besonderer Art (ehemals Gesamtschulen), Orientierungsstufe.

Wahlen

- 1) Bei Gemeinden ohne eigene Briefwahl für die jeweilige Wahl ist hier das Ergebnis ohne Briefwähler nachgewiesen. Die Wahlbeteiligung ist in diesen Fällen wie folgt errechnet: Verhältnis der Wähler ohne Wahlschein zu den Wahlberechtigten ohne Wahlschein.
- 2) Bei Bundestagswahlen – Zweitstimmenanteil.

Landwirtschaft

- *) Ergebnisse der allgemeinen Bodennutzungshaupterhebung; betrieblicher Flächennachweis.
- 1) Durch Anhebung der Erfassungsgrenze sowie methodische Veränderungen sind die Angaben ab 1999 mit denen der Vorjahre nur eingeschränkt vergleichbar.

Abkürzungen

- AK-E – Arbeitskraft-Einheiten
 Einw – Einwohner
 EUR – Euro
 ha – Hektar

Beschäftigte und Arbeitsmarkt

- *) Datenquelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit, Stichtag jeweils am 30.06. des Jahres.
- 1) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Gemeinde (Arbeitsortkonzept). Eventuelle der Abbildung zu entnehmende Einbrüche der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Jahr 1984 sind auf den Metallarbeiterstreik zurückzuführen.
 - 2) Aktuell werden Beschäftigtendaten nach der europaweit eingeführten „Klassifikation der Wirtschaftszweige – Ausgabe 2003 (WZ 2003)“ nachgewiesen. Durch Umstellungen der Wirtschaftszweigsystematiken (1998 auf WZ 93 und 2003 auf WZ 03) sind Daten einzelner Wirtschaftszweige auch bei gleichlautenden Bezeichnungen nur bedingt vergleichbar und es können Brüche in der Zeitreihe auftreten.

Verkehr

- *) Datenquelle: Kraftfahrt-Bundesamt in Flensburg.
- 1) Erhebungsmonat bis 2000: Juli, ab 2001: Januar.
 - 2) Krafträder einschließlich Leichtkrafträder.
 - 3) Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden bzw. schwerwiegender Unfall mit Sachschaden.

Wohnen

- 1) 1968: Es wurden nur nichtlandwirtschaftliche Wohngebäude nach Gebäudeart differenziert.
- 2) Wohnungen in Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden.

Wasserwirtschaft

- *) Wenn keine Gesamt-Abwassergebühr nachgewiesen wird, handelt es sich um eine Gemeinde, die gesplittete Abwassergebühren erhebt (für Niederschlagswasser und Schmutzwasser).
- 1) Leitungsverluste einschließlich Wasserwerkseigenverbrauch.
 - 2) Enthalten sind nur die Kubikmetergebühren.
 - 3) Stichtag ist jeweils der 1. Januar; Preise bis 2001 DM in Euro umgerechnet.

Kommunalfinanzen und Gemeindepersonal

- *) Bis 2001: in Euro umgerechnete DM-Werte. Einwohner: Bevölkerungsfortschreibung jeweils zum 30.06. des Jahres.
- 1) Schuldenstand: Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten ohne Schulden der kommunalen Wirtschaftsunternehmen.

- LF – Landwirtschaftlich genutzte Fläche
 Mill. – Millionen
 Mrd. – Milliarden
 VZÄ – Vollzeitäquivalente

Erläuterungen und Definitionen

Beschäftigte, sozialversicherungspflichtige

Zu diesem Personenkreis zählen alle Arbeitnehmer einschließlich der zu ihrer Berufsausbildung Beschäftigten, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und/oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile nach dem Recht der Arbeitsförderung zu entrichten sind. Ausschließlich geringfügig entlohnte Personen, die nur wegen der gesetzlichen Neuregelung zum Stichtag 1. April 1999 in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, werden dabei nicht nachgewiesen. Generell werden Beschäftigtendaten am Arbeitsort oder am Wohnort dargestellt. Die Daten dieser Veröffentlichung enthalten die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort (Arbeitsplätze).

Bevölkerung

Zur Bevölkerung zählen alle Personen, die in dem betreffenden Gebiet ihren ständigen Wohnsitz haben. Personen, die mehrere Wohnungen innehaben, werden der Bevölkerung der Gemeinde zugerechnet, in der sich die Hauptwohnung befindet. Nicht zur Bevölkerung zählen die Angehörigen der ausländischen Stationierungsstreitkräfte sowie der ausländischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen mit Familienangehörigen.

Fläche

Die gegliederte Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung erfolgt in Abständen von vier Jahren. Zugrunde gelegt werden die Daten der Liegenschaftskataster der Vermessungsämter. Zur Landwirtschaftsfläche gehören Flächen, die dem Ackerbau, der Wiesen- und Weidewirtschaft dem Gartenbau oder dem Weinbau dienen. Zur Landwirtschaftsfläche zählen auch Moor- und Heideflächen, Brachland sowie unbebaute landwirtschaftliche Betriebsflächen. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche umfasst neben den bebauten und versiegelten Flächen ebenfalls nicht bebaute unversiegelte Flächen. Diese Fläche wird seit 2001 jährlich erhoben. Sie setzt sich aus folgenden Flächen zusammen: Gebäude- und Freifläche, Betriebsfläche ohne Abbau- (zum Beispiel Kiesgruben), Erholungsfläche, Verkehrsfläche sowie der Friedhofsfläche.

Haupterwerbsbetriebe

Bis zum Jahr 1995 entschied allein das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Einstufung eines Betriebes als Haupt- bzw. Nebenerwerbsbetrieb. Betriebe ohne außerbetriebliches Einkommen des Betriebsinhabers und seines Ehegatten sowie Betriebe mit außerbetrieblichem Einkommen, in denen das betriebliche Einkommen größer ist als das außerbetriebliche Einkommen, zählten zu den Haupterwerbsbetrieben. Seit 1997 bilden die Arbeitsleistung (ausgedrückt in Arbeitskraft-Einheiten) je Betrieb und das Verhältnis von betrieblichem zu außerbetrieblichem Einkommen die Grundlage für die Zuordnung zu den sozialökonomischen Betriebstypen. Danach gelten als Haupterwerbsbetriebe solche Betriebe,

in denen das betriebliche Arbeitsvolumen, berechnet in Arbeitskraft-Einheiten, 1,5 AK-E und mehr beträgt,

das betriebliche Arbeitsvolumen mindestens 0,75 und weniger als 1,5 AK-E beträgt und bei denen der Anteil des betrieblichen Einkommens am Gesamteinkommen des Betriebes 50 % und mehr beträgt bzw. kein außerbetriebliches Einkommen vorliegt.

Landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

Zur landwirtschaftlich genutzten Fläche zählen alle Flächen, die als Ackerland (einschließlich Erwerbsgartenbau), Dauergrünland, Haus- und Nutzgärten, Obstanlagen, Baumschulen, Rebland, Korbweiden-, Pappelanlagen und Weihnachtsbaumkulturen außerhalb des Waldes genutzt werden, einschließlich der stillgelegten sowie vorübergehend aus der landwirtschaftlichen Erzeugung genommenen Flächen.

Letztverbraucher

im Sinne der Erhebung sind Haushalte, Kleingewerbe, Industriebetriebe (zum Beispiel Handwerksbetriebe und Dienstleistungsunternehmen) und öffentliche Einrichtungen (wie Krankenhäuser, Bäder, Feuerwehr, öffentliche Grünanlagen und Schulen), mit denen der Wasserversorger das abgegebene Wasser unmittelbar abrechnet. Die Wasserabgabe von Wasserversorgungsunternehmen an Mitgliedsgemeinden ist keine Abgabe an Letztverbraucher, sondern Abgabe zur Weiterverteilung, sofern die Mitgliedsgemeinden die Wasserabrechnung mit den Letztverbrauchern selbst vornehmen.

Pendler/Pendlersaldo

Als Pendler werden alle sozialversicherungspflichtig Beschäftigte bezeichnet, deren betrieblicher Arbeitsplatz nicht mit der Wohnsitzgemeinde übereinstimmt. Nach der Richtung der Pendlerwanderung wird zwischen Auspendlern und Einpendlern unterschieden. Personen, die von der Wohnsitzgemeinde in eine andere Gemeinde zur Arbeit fahren, gelten als Auspendler. Betrachtet man dieselben Pendler dagegen von den Zielgemeinden her, in denen die Arbeitsstätten liegen, so spricht man von Einpendlern.

In der Statistik werden die Pendlerströme nach dem Überschreiten der regionalen Gebietsgrenzen unterschieden. So wird getrennt nach Pendlern über die Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen. Dabei werden die Pendler innerhalb dieser Grenzen nicht als Pendler ausgewiesen.

Räume

Zu den Wohnräumen zählen alle Zimmer (Wohn- und Schlafräume mit 6 und mehr Quadratmeter Wohnfläche) und Küchen. Nicht als Zimmer gelten Nebenräume wie Abstellräume, Speisekammern, Flure, Badezimmer und Toiletten.

Steuerkraftmesszahl

Komponente für die Berechnung der Schlüsselzuweisungen. Für die Gemeinden wird diese gebildet aus dem Aufkommen der Grundsteuern A und B sowie der Gewerbesteuer abzüglich der Gewerbesteuerumlage (jeweils umgerechnet auf einen landeseinheitlichen Hebesatz), weiter aus dem Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer und den Zuweisungen im Rahmen des Familienleistungsausgleichs. Für alle genannten Werte sind die Aufkommen des zweitvorangegangenen Jahres maßgebend. Legaldefinition in § 6 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Steuerkraftsumme

Die Steuerkraftsumme stellt die Berechnungsgrundlage für die Kreis- und Finanzausgleichsumlage dar. Für die Gemeinden setzt sich diese zusammen aus der Steuerkraftmesszahl zuzüglich der Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden

Steuerkraft und den Mehrzuweisungen jeweils des zweitvorangegangenen Jahres. Legaldefinition in § 38 Gesetz über den kommunalen Finanzausgleich.

Straßenverkehrsunfälle

Von der Polizei erfasste Unfälle, bei denen infolge des Fahrverkehrs auf öffentlichen Wegen und Plätzen Personen getötet oder verletzt oder Sachschäden verursacht worden sind. Als Beteiligte an einem Unfall werden alle Fahrzeugführer oder Fußgänger erfasst, die selbst – oder deren Fahrzeuge – Schäden erlitten oder hervorgerufen haben. Verunglückte Mitfahrer zählen somit nicht zu den Unfallbeteiligten. Verunglückte werden als Getötete nachgewiesen, wenn sie auf der Stelle getötet oder innerhalb von 30 Tagen nach dem Unfall an den Unfallfolgen gestorben sind und als Schwerverletzte, wenn sie stationär in einem Krankenhaus (mindestens 24 Stunden) behandelt wurden. Andere Verunglückte gelten als leicht verletzt.

Vollzeitäquivalente

Die sogenannten Vollzeitäquivalente ergeben sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Der Arbeitszeitfaktor gibt hierbei den Umfang der vereinbarten Arbeitszeit, bezogen auf die Arbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten an. Bei Lehrkräften gilt die entsprechende Anzahl von Wochenlehrstunden.

den. Die VZÄ stellen somit die Entwicklung der Beschäftigten unter Bereinigung der Veränderungen im Beschäftigungsumfang dar. Ihre Ermittlung mithilfe des Arbeitszeitfaktors ist erst seit 1997 möglich. In den Jahren zuvor wurden sie näherungsweise über die Formel $VZÄ = \text{Vollzeit} + 0,75 \text{ T1-Beschäftigte} + 0,4 \text{ T2-Beschäftigte}$ berechnet, was tendenziell zu einer leichten Überschätzung der Anzahl führte.

Wassergewinnung

Die Wassergewinnung umfasst die gesamte Wassermenge, die von den verschiedenen Wirtschaftsbereichen für unterschiedliche Nutzungen beispielsweise als Trinkwasser, Kühlwasser, Wasser zur Bewässerung oder zur Nutzung als Produktionswasser aus Gewässern (Oberflächengewässer, Grundwasser, Quellen) entnommen wird.

Wohngebäude und Nichtwohngebäude

Wohngebäude sind Gebäude, die mindestens zur Hälfte (gemessen an der Gesamtnutzfläche) Wohnzwecken dienen. Zu den Wohngebäuden zählen auch Wohnheime. Nichtwohngebäude sind Gebäude, die überwiegend für Nichtwohnzwecke (gemessen an der Gesamtnutzfläche) bestimmt sind, zum Beispiel gewerbliche Betriebs- und Bürogebäude, Hochbauten der öffentlichen Hand.



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

So erreichen Sie uns

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Straße 68
70199 Stuttgart

Telefon 0711/641- 0 Zentrale
Telefax 0711/641- 24 40
poststelle@stala.bwl.de

www.statistik-bw.de

Gerne beraten wir Sie auch persönlich.
Rufen Sie uns an!

Zentraler Auskunftsdienst
Ihre Anlaufstelle für alle aktuellen
und historischen Statistiken für
Baden-Württemberg, seine Regionen,
Landkreise und Gemeinden
Telefon 0711/641- 28 33, Telefax - 29 73

Bibliothek
Die Präsenzbibliothek für alle
Telefon 0711/641- 28 76, Telefax - 29 73

Pressestelle
Etwa 400 Pressemitteilungen jährlich
zu allen aktuellen Themen
Telefon 0711/641- 24 51, Telefax - 29 40

Vertrieb
Bestellung von Veröffentlichungen
Telefon 0711/641- 28 66, Telefax - 13 40 62

Kontaktzeiten
Montag bis Donnerstag 9.00 – 15.30 Uhr
Freitag 9.00 – 12.00 Uhr



Baden-Württemberg

STATISTISCHES LANDESAMT

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Straße 68 • 70199 Stuttgart • Telefon 0711/641-0 Zentrale • Telefax 0711/641-24 40

poststelle@stala.bwl.de • www.statistik-bw.de